

## **103 Jahre Bietigheimer Tag**

**„Leben in und mit Krisen – Gesellschaft zwischen Resignation,  
Aggression und Zuversicht“**

**Rita Schwarzelühr-Sutter, MdB**

Parlamentarische Staatssekretärin des Inneren und für Heimat

**Sonntag, 17. März 2024, Ev. Stadtkirche Bietigheim**

Es gilt das gesprochene Wort.

---

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin Aras, (*Muhterem Aras*),

sehr geehrte Frau Präsidentin der Landessynode Foth (*Sabine Forth  
Präsidentin der 16. Landessynode der Evangelische Landeskirche in Württemberg*),

sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Kessing,

liebe Herren Pfarrer Ritter und Reusch-Frey,

liebe Kirchengemeinde,

meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich bin Ihnen, liebe Herren Pfarrer, sehr dankbar für die Einladung, und ich fühle mich geehrt, heute zu einem so wichtigen Thema sprechen zu können. Dankbar bin ich auch, dass Sie im Titel des diesjährigen Bietigheimer Tages die Gesellschaft in den Mittelpunkt stellen.

Für uns im Bundesministerium des Inneren und für Heimat steht die Gesellschaft als Ganzes im Mittelpunkt. Bundesministerin Nancy Faeser

hat die Abteilung Heimat zu der gesellschaftspolitischen Abteilung des Ministeriums gemacht.

Denn eine Gesellschaft, die von der „Resignation“ zur „Zuversicht“ kommen will – um hier den Titel aufzugreifen – braucht Heimat. Und Heimat ist Zusammenhalt, das ist für die einen Familie und Freunde, für andere der Verein, die Gewerkschaft, die Partei oder auch die Kirchengemeinde.

Heimat ist für mich ein Miteinander, Heimat wird gemeinsam gestaltet. Das Gegeneinander, die Spaltung, der Hass dagegen zerstören Gesellschaft und Heimat.

Das treibt mich um, und das treibt mich an in meiner politischen Arbeit, in meinem Engagement.

Damit ich nicht falsch verstanden werde:

Mir ist auch klar, dass wir nicht alle politisch einer Meinung sind, nicht sein können. Natürlich darf man uns, die Bundesregierung, kritisieren – dazu will ich Sie sogar ermutigen –, aber alle Kritik hat ihre Grenze in unserem Grundgesetz, das die Würde des Menschen an die erste Stelle setzt.

Hass und Hetze sind nicht Kritik, sondern widerlich. Kritik ist voll okay. Angriffe, die die Würde verletzen, sind es nicht.

Und leider müssen wir es immer wieder erleben, dass diejenigen, die in der Kommune, im Land oder auch im Bund politische Verantwortung übernehmen, angefeindet werden, digital und analog. Sie werden bedroht, eingeschüchtert, attackiert.

Das trifft leider häufig auch ehrenamtlich Engagierte, das trifft auch Vereine und Kirchen.

Und das ist etwas, was mir wirklich Sorge bereitet.

Um so wichtiger sind Veranstaltungen wie diese, und ich danke Ihnen, dass Sie heute hier sind. Das ist schon ein Anlass für Zuversicht.

Meine Damen und Herren,

wir leben in der Tat schon länger in und mit Krisen. Die Finanzkrise, die Klimakrise, die Pandemie, der verbrecherische russische Angriffskrieg auf die Ukraine, die Energiekrise und nicht zuletzt die Migration.

Viele Menschen der Welt leben in weit schlechteren Verhältnissen als wir in Baden-Württemberg, in Deutschland, in Europa – abgesehen von Kriegen ein wesentlicher Grund, warum so viele Menschen nach Europa, nach Deutschland, nach Baden-Württemberg kommen wollen.

Mir ist sehr bewusst, dass viele Kommunen belastet, wenn nicht überlastet sind. Das angeblich so ferne Berlin weiß um die Nöte in den Gemeinden und hat großen Respekt für die Leistungen der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, der Landräte und vieler anderer.

Die Krisen und Kriege, die Genfer Flüchtlingskonvention und unser Asylrecht kennen aber keine Obergrenzen, weswegen wir in Europa, in Deutschland und in Baden-Württemberg mit dem Thema Migration umgehen müssen, wir müssen es anpacken.

Deshalb hat Ministerin Faeser hartnäckig an neuen Migrationsregeln in Europa gearbeitet. Und was ihren Vorgängern nicht gelungen ist, ist ihr gelungen: ein neues europäisches Asylrecht. Künftig wird an den Außengrenzen besser registriert, künftig wird innerhalb der EU fairer verteilt.

Deswegen führen wir auch bundesweit die Bezahlkarte ein und deswegen beteiligt sich der Bund an den Kosten der Kommunen, deswegen bauen wir Integrations- und Sprachkurse aus.

Mir ist auch klar, dass keine der Maßnahmen die Zaubерlösung ist, dass vieles erst allmählich wirken wird.

Ich will gar nicht Eindruck vermitteln, wir könnten die Migration in Richtung Null reduzieren. Aber harte Bretter müssen eben geduldig gebohrt werden. Und da sind wir dran, da ist die Politik dran.

Das braucht auf der anderen Seite die Zivilgesellschaft, und es braucht eine resiliente Gesellschaft.

Trotz Hetze von Rechts, trotz Verschwörungstheorien von Rechts und Links, trotz Querdenkern hat unsere Gesellschaft eine erstaunliche Resilienz, eine Widerstandskraft gewonnen und sie beweist diese immer wieder.

Das haben nicht zuletzt die beeindruckenden Demonstrationen der letzten Wochen und Monate gezeigt. Die machen mich stolz, und der Stolz hat eine Basis: unsere Demokratie.

Basis für unsere Demokratie, für unser Zusammenleben, für die politischen Debatten und Auseinandersetzungen ist unsere freiheitliche Verfassung, das Grundgesetz. Das können wir gerade in diesem Jahr feiern, dem 75. Jubiläum unseres Grundgesetzes.

Deutschland ist seit 75 Jahren wieder eine Demokratie.

Deutschland hat eine Verfassung, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt.

Seine Würde, die unantastbar ist, seine Rechte, vor allem seine Grundrechte, sowie die universelle Gleichheit aller vor dem Gesetz.

Unsere Verfassung unterscheidet nicht zwischen Menschen erster und zweiter Klasse, zwischen Menschen, deren Vorfahren während der Völkerwanderung zugewandert sind, nach den Hugenottenkriegen oder den Weltkriegen.

Oder Menschen, die in den 1960er und 70er Jahren zu uns gekommen sind, und die dieses Land mit zum Wirtschaftswunder geführt haben.

Wir müssen uns aber auch eingestehen, dass hinter diesen Errungenschaften sehr bittere Lehren stehen. Lehren aus unserer Vergangenheit, aus dem Scheitern der ersten Demokratie von Weimar, aus den unsäglichen Verbrechen, die der Machtergreifung der Nationalsozialisten folgten.

Antisemitismus und Massenmord, verbrecherische Angriffskriege und nationalistischer Größenwahn.

Ein Nationalismus, nach dem alle anderen minderwertig sein sollten, die Juden, die Polen, die Russen, die Slawen. Millionenfacher Mord, millionenfache Vertreibung, unfassbare Zerstörungen.

Als minderwertig angesehen wurden auch Menschen mit Behinderung, Homosexuelle, politisch Andersdenkende.

Die Antwort der Väter und Mütter des Grundgesetzes ist der Artikel 1, der die Würde des Menschen schützt. Die Antwort ist, dass wir Menschen gleichwertig sind – niemand ist minderwertig, niemand ist höherwertig.

Meine Damen und Herren,

rufen Sie sich die Bilder unseres Landes im Jahr 1945 ins Gedächtnis. Denken Sie an die Millionen an Heimatvertriebenen, die Gefallenen, die zerbombten Städte, die Kriegsgefangenen. Alles Opfer des übersteigerten Nationalismus, alles Opfer des Nationalsozialismus.

Der Nationalsozialismus war aber nicht vom Himmel gefallen. Sein Weg war von denjenigen bereitet worden, die die Demokratie abgelehnt haben, den nationalistischen und völkischen Kräften. Für die sogenannte „Neue Rechte“ sind das die Vorbilder.

Die National-Völkischen der Weimarer Republik und diejenigen von heute sind kaum zu unterscheiden. Die Diktion, der Inhalt, die Stoßrichtung sind sich so ähnlich. Geschichte wiederholt sich nicht einfach, aber die Ähnlichkeiten sind schockierend.

Wir alle, meine sehr verehrten Damen und Herren, haben aus dieser Geschichte, aus unserer Geschichte gelernt.

Und die wichtigste Lehre aus dieser Geschichte ist unser Grundgesetz. Denn unsere Demokratie ist eine wehrhafte. Unsere Verfassung schützt die Demokratie gegen ihre Feinde.

Carlo Schmid, einer der Väter unseres Grundgesetzes und aufrichtiger Sozialdemokrat, fasste diesen Gedanken in folgende Worte: „Man muss auch den Mut zur Intoleranz gegenüber denen aufbringen, die die Demokratie gebrauchen wollen, um sie umzubringen.“

Nie wieder darf die Demokratie dabei tatenlos zusehen, wie eine Partei von innen heraus versucht, die Demokratie zu zerstören.

Deshalb haben der Bund und die Länder Verfassungsschutzämter, denen ich sehr dankbar für ihre wichtige und sehr gute Arbeit bin.

Gemeinsam sind wir stark und gemeinsam verteidigen wir unsere freiheitliche Demokratie. Parteien, Gewerkschaften, Vereine und Kirchen, die Zivilgesellschaft stellen sich gemeinsam gegen einen menschenverachtenden Alptraum.

Für mich ist Politik in erster Linie Dienst an und für Menschen. Wer menschenverachtende Ideologien und Vorstellungen vertritt, ist aus meiner Sicht in der Politik und in den Parlamenten am falschen Platz. Denn man kann Menschen nicht dienen, wenn man sie verachtet.

Natürlich kann ich es verstehen, wenn all die aufgezählten und belastenden Krisen Menschen verunsichern, wenn Bürgerinnen und Bürger manchmal resignieren und nach Auswegen suchen.

Es ist nur ein Teil der Gesellschaft, der Resignation in Aggression übersetzt, aber dieser Teil ist in den letzten Jahren so gewachsen, dass es mich echt besorgt.

Auch dagegen richtet sich unsere Politik und mein Engagement. Und weil ich so viele sehe und erlebe, die sich auch engagieren, die für unsere Demokratie auf die Straßen gehen, die so wunderbare Gespräche wie den Bietigheimer Tag veranstalten, deshalb bin ich dennoch zuversichtlich.

Die Tatsache, dass den Dreiklang Resignation, Aggression und Zuversicht nun in einem Absatz untergebracht habe, soll nicht darüber hinwegtäuschen, dass das ein langer und anstrengender Weg ist – aber er ist gangbar.

Und wir müssen und werden ihn gehen. Wir müssen und werden unsere Demokratie stärken und verteidigen.

Unsere Zeit fordert uns Demokratinnen und Demokraten vielleicht noch stärker als in den vergangenen Jahren, zeitgemäße Antworten zu geben. Denn Demokratien sind weltweit unter Druck.



Die Feinde der Demokratie greifen unsere Werte an. Sie töten und verletzen Menschen. Sie bringen Leid über Unschuldige. Das sehen wir in der Ukraine, und Putins Russland ist sicherlich die größte Gefahr von außen.

Eine andere Gefahr, die im Inneren unseres Landes, unserer Gesellschaft besteht, und die seit dem 7. Oktober auch von außen befeuert wird, ist der Antisemitismus.

Es ist absolut inakzeptabel, dass der mörderische Terror der Hamas auch auf deutschen Straßen und Plätzen beklatscht und gefeiert wird.

Auch hier gilt: man darf natürlich Israels Vorgehen im Gazastreifen kritisieren, man darf mit den Palästinenserinnen und Palästinensern Mitgefühl äußern.

Aber was nicht geht: den Massenmord des 7. Oktober zu rechtfertigen. Was nicht geht ist Hass, Hetze und Gewalt gegen unsere jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger. Und wir haben dagegen das Instrument des funktionierenden Rechtsstaats, der mit ganzer Härte reagieren kann.

Meine Damen und Herren,

liberale Demokratien müssen einander beistehen, wo sie bedroht und angegriffen werden. Sie müssen zusammenstehen, wo ihr innerer Zusammenhalt schwindet und ihre Institutionen in Gefahr sind.

Sie müssen beweisen, dass sie sich verteidigen und gegen antidemokratische Tendenzen behaupten können. Auch Deutschland steht im Fadenkreuz antidemokratischer Kräfte aus dem In- und Ausland.

Unsere Feinde streuen gezielt Desinformation und Verschwörungserzählungen. So wollen sie verunsichern, spalten und verhetzen.

Und wenn ich sage „unsere Feinde“, dann meine ich die Feinde von uns allen, die in einem freiheitlich-demokratischen Gemeinwesen leben wollen – und das ist die Mehrheit in diesem Land, wir sind die Mehrheit.

Rechtsextremismus ist, neben vielen anderen Bedrohungen, die größte extremistische Gefahr für unsere Demokratie.

Die Anschläge von Halle, Hanau, dem Olympiazentrum München, der Mord an Walter Lübcke, die Morde des NSU. Anschläge auf Flüchtlingsheime und Synagogen.

Jeden Tag drei rechte Gewalttaten in unserem Land. Jeden Tag erleben Menschen Hass und Hetze, auf der Straße und im Internet. Deswegen zerschlagen wir konsequent rechtsextremistische Strukturen.

Eine Antwort ist mehr politische Bildung. Weil sie den Wert von Dialog, Demokratie und Teilhabe vermittelt. Oder – frei nach Asimov: Weil sie die Menschen zu gewaltfreien Lösungen befähigt.

Deshalb stärken wir über die Bundeszentrale für politische Bildung Nutzerinnen und Nutzer von Social Media-Plattformen und Messenger-Diensten. Sie sollen besser gegen Hassnachrichten angehen können.

Deswegen entfernen wir Rechtsextreme aus dem öffentlichen Dienst. Wir nehmen ihnen konsequent die Waffen weg. Und: Wir arbeiten an einer umfassenden Strategie für eine starke Demokratie und gegen jeden Extremismus.

Antisemitismus war in Deutschland nie verschwunden. Er durchzieht alle gesellschaftlichen Schichten. Die Bundesregierung hat daher im letzten Jahr die erste Nationale Strategie gegen Antisemitismus und für jüdisches Leben beschlossen.

Es wird immer wichtiger, Antisemitismus gemeinsam als ganze Gesellschaft zu bekämpfen. Und unsere Strategie hilft, in Unternehmen, Schulen, Vereinen gegen Antisemitismus und für Demokratie agieren zu können.

Solches Engagement der Zivilgesellschaft ist für unsere Demokratie unschätzbar wichtig. Weil wir das als Bundesregierung langfristig fördern wollen, haben wir das Demokratiefördergesetz auf den Weg gebracht.

Ein Koalitionspartner ist noch ein bisschen sperrig bei dem Thema, aber gerade jetzt ist so wichtig, verlässlich zu fördern.

Was können wir konkret tun?

Die Wissenschaft zeigt uns, dass es vor allem mit der sozialen Lage zusammenhängt, wie zufrieden die Menschen mit der Demokratie sind. Wem es wirtschaftlich schlechter geht, ist wesentlich häufiger unzufrieden.

Für viele Menschen in Deutschland ist Unsicherheit zu einer ständigen Begleiterin geworden: Angst vor Klimafolgen, Angst vor Migration, Angst vor Corona, Angst vor Krieg. Angst davor, dass die Wohnung kalt bleibt, und davor, dass die Preise weiter steigen, Angst vor sozialem Abstieg.

Viele haben das Gefühl, dass die gesellschaftlichen Lasten und Krisenfolgen ungerecht verteilt sind.

Umgekehrt heißt das, wo Menschen soziale Gerechtigkeit spüren, sind sie mit der Demokratie zufriedener.

Menschen verlieren den Glauben, Einfluss zu haben, wenn sie nicht teilhaben können. Das Vertrauen in Staat und Politik nimmt ab.

Und das vor dem Hintergrund, dass sich der Wandel ständig beschleunigt. Vielen geht der Wandel zu schnell. Unsere Lebens- und Arbeitswelt verändert sich, ganze Regionen stellen sich neu auf, die Digitalisierung erfasst alle Lebensbereiche.

Nicht nur aus meiner Zeit im Umweltministerium weiß ich, dass auch der Klimawandel dazu beiträgt, dass sich unser Leben massiv verändert. Das verunsichert, das nährt Zweifel, ob Politik überhaupt noch steuern kann.

Zugleich wächst der Wunsch, mitzugestalten. Unsere Demokratie lädt dazu ein, mitzugestalten.

Und in der Demokratie ist zu begründen, warum wie entschieden wird. Die Öffentlichkeit will verstehen. Je komplexer die Themen und Entscheidungen, desto unverständlicher erscheint Politik.

Auch deshalb erscheinen die eine Alternative zu sein, die vermeintlich einfache Antworten auf komplexe Probleme geben. Das Beispiel Migration habe ich bereits erwähnt.

Grenzen schließen, Obergrenzen einführen, klingt so einfach und ist so unehrlich.

Und es würde unserem Land, unserer Wirtschaft, unseren Sozialsystemen massiv schaden. Denn Deutschland braucht dringend wirtschaftlichen Austausch, Deutschland braucht dringend Fachkräfte.

Überall im Land fehlen Technikerinnen, Erzieher, Busfahrerinnen, Pflegekräfte. Gastronomie und Einzelhandel suchen händeringend. Offene Stellen und Ausbildungsplätze können nicht besetzt werden.

Unser Land braucht mehr Arbeitskräfte, die in die Sozialversicherungen einzahlen, sonst kollabiert unser Rentensystem in den nächsten Jahrzehnten.

Zuallererst aktivieren wir das Potenzial im Inland. Dazu verbessern wir die Aus- und Weiterbildung. Außerdem wollen wir die Erwerbsquote von Frauen steigern.

Aber ohne jegliche Zuwanderung, wie das einigen vorschwebt, geht es nicht. Deswegen unser Gesetz für mehr Fachkräfteeinwanderung.

Gesetze allein reichen nicht. Es braucht auch eine starke und selbstbewusste Willkommenskultur.

Unser Land ist ein Einwanderungsland – schon viel länger als manche eingestehen wollen. Ein Viertel unserer Bevölkerung hat eine Einwanderungs-Geschichte.

Das bedeutet Vielfalt: Sehr viele Menschen leben sie – ganz selbstverständlich – in ihrem Alltag. Um die besten Köpfe nach Deutschland zu holen, müssen wir das noch besser vermitteln – nach außen und nach innen.

Das braucht Vertrauen, und um das zu schaffen, müssen wir Menschen mitnehmen, damit sie teilnehmen können.

Und wir müssen besser erklären. Dafür braucht es eine funktionierende Öffentlichkeit, solide politische Bildung, gute Kommunikation. Deshalb unterstützen wir mit dem Programm „Miteinander Reden“ der Bundeszentrale für politische Bildung Dialogprojekte gerade in ländlichen Räumen, die demokratischen Austausch anstoßen.

So fördern wir Verständnis und Zustimmung für unsere Demokratie.

Denn Demokratie lebt vom Mitreden, Mitmachen und Mitentscheiden. Dafür gewinnt man Bürgerinnen und Bürger, wenn Menschen Demokratie selbst erleben, wenn sie konkret und positiv erfahren wird.

Dafür haben wir das Programm „Zusammenhalt durch Teilhabe“. Es richtet sich gegen Extremismus in ländlichen und strukturschwachen Gegenden.

Denn gerade dort, wo gesellschaftliches Engagement es schwer hat, braucht es starke Partner, die für die Werte unseres Gemeinwesens einstehen. Partner, die als Leuchttürme vor Ort sichtbar machen, wie Demokratie konkret vermittelt und gelebt werden kann.

In ganz Deutschland engagieren sich gerade viele Menschen für unsere Demokratie. Sie gehen für unsere freiheitliche und demokratische Verfassung auf die Straße. In Ost- und West, in Stadt und Land – getragen von unterschiedlichsten Teilen unserer Gesellschaft.

Dass jetzt gerade auch dort Menschen Flagge zeigen, wo allzu oft die Rechtsextremisten die Straße für sich reklamiert haben, ist ein beeindruckendes Signal und verdient meinen und unseren größten Respekt. Da beweisen Menschen beeindruckenden Mut.

Und es zeigt auch, wie wichtig Programme wie "Zusammenhalt durch Teilhabe" sind – und die Menschen, die diese Programme mit ihrem Engagement tragen.

Das schaffen Staat und Zivilgesellschaft nur gemeinsam.

Dazu gehört es auch, entschieden gegen Desinformations-Kampagnen vorzugehen. Wir investieren in den Kampf dagegen.

Nancy Faeser baut dafür im Innenministerium eine Einheit zur Früherkennung auf. Wir richten außerdem eine Ansprechstelle für kommunale Amtsträgerinnen und Mandatsträger ein. Wir, der Staat, beschützen vor rechtsextremistischer Bedrohung und Hetze.

Meine Damen und Herren,

manche halten Demokratien ja für schwach, weil Entscheidungen länger dauern, weil Kompromisse mühsam sind. Doch gerade darin liegt ihre Stärke.

Ja, Demokratie ist anstrengend, aber es lohnt sich, sich anzustrengen für eine offene Gesellschaft, für ein Leben in Freiheit, für Rechte der Opposition, für freie Presse oder rechtstaatliche Kontrolle der Regierung.

Demokratie lebt vom Vertrauen der Menschen – in die Politik, in den Staat, in die Verwaltung und das Recht

Deutschland ist eine starke Demokratie. Besinnen wir uns darauf, was uns ausmacht: Offenheit. Solidarität. Und das Bekenntnis zu freiheitlichen Werten.

Ich kann verstehen, dass es Krisen gibt, die einen resignieren lassen, ich kann nicht verstehen und nicht akzeptieren, wenn daraus Aggression wird, und ich bin zuversichtlich, dass wir unsere Demokratie, unsere Art, in Freiheit zu leben, verteidigen können.

Unser Staat ist ein funktionierender Rechtsstaat. Er hat Instrumente und er schafft, da wo erforderlich, neue Instrumente. Und unsere Gesellschaft hat viele Engagierte, Menschen, die an die Demokratie glauben, und die sich für sie einsetzen – auch weil sie darauf vertrauen.

Wir sind die Mehrheit, wenn wir zusammenhalten. Besinnen wir uns auf diese Kraft.

Vielen Dank für Ihren Einsatz, vielen Dank, dass Sie heute und an anderen Tagen für unsere Demokratie da sind.

Und wenn ich jetzt zum Ende komme, gestatten Sie mir den Bogen von der Demokratie zur Zuversicht und auch zur Religion zu kommen.

Der Soziologe Prof. Hartmut Rosa hat ein kleines Büchlein geschrieben „Zuversicht braucht Religion“. Dabei meint er nicht die eine Religion.

Ich zitiere: „Bei Zuversicht geht es darum, dass ich Vertrauen zu mir selbst habe, auf unkontrollierbare Situationen zu reagieren. Ich würde für Zuversicht plädieren, die eben nicht nur auf Kontrolle beruht, sondern auf einem Urvertrauen aufbaut.

Dabei ist natürlich die Frage, wie man Religion definiert. Theologische Fragen interessieren mich dabei weniger. Für mich ist Religion eine Chiffre für ein Weltverhältnis. Gott ist für mich die Vorstellung, dass am Grunde meiner Existenz ein Resonanzverhältnis besteht, das für ein Grundvertrauen sorgt, dass das Leben lebenswert macht und für Zuversicht sorgt.



Die Krise, die wir heute haben, ist auch eine Vertrauenskrise. Menschen haben ständig Angst, etwas falsch zu machen. Dagegen und für dieses Grundvertrauen und damit auch für die Zuversicht scheint mir Religion eine wichtige Rolle spielen zu können.

... Und die Kirche hat ein Potenzial, uns zu helfen, unsere Resonanzfähigkeit zu aktualisieren.“

**In diesem Sinne lassen Sie uns mehr Zuversicht wagen!**

Herzlichen Dank.